



Berlin, 16. März 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

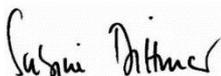
diese Woche hat die Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen und nun gilt es die vielen Projekte der Koalition anzugehen. Verbesserungen müssen für die Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich spürbar werden.

Zu den ersten Gesetzen der Regierungskoalition müssen die Rückkehr aus der Teilzeit in die vorherige Arbeitszeit und die geplanten Verbesserungen in der Pflege gehören. Insbesondere an dem letzten Punkt werde ich mit Nachdruck arbeiten und in den Gesprächsrunden mit den Unionsparteien auf eine zeitnahe Realisierung drängen. Die SPD muss deutlich herausstellen, dass die Vorhaben der Großen Koalition gut und wichtig für das Land sind, für uns Sozialdemokraten jedoch lediglich Etappen zur Erreichung unserer eigenen Ziele darstellen.

Thema einer aktuellen Stunde dieser Sitzungswoche war die Entscheidung des US-Präsidenten Strafzölle auf Aluminium- und Stahlprodukte einzuführen und auf deutsche Autos erheben zu wollen. Die Entscheidung Trumps ist schlecht für uns, schlecht für die Weltwirtschaft und schlecht für die Vereinigten Staaten. Ein Handelskrieg kennt keine Gewinner. An vielen Stellen der Plenardiskussion wurde deutlich, dass es einer gemeinsamen Europäischen Antwort bedarf. Die SPD setzt sich mit aller Kraft für diese ein, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den Folgen eines Handelskonflikts zu schützen.

Diese Woche wurden weitere Einsätze unserer Bundeswehr verlängert. Das Ausbildungsmandat für die kurdischen Peschmergas im Nordirak sowie das Mandat in Somalia wurden beendet.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und viel Freude bei der Lektüre.

Ihre 

In dieser Ausgabe:

GLEICHSTELLUNG	3
AKTUELLE STUNDE	3
AUSSENPOLITIK	4
KOALITION	5



Fotos der Woche



Treffen mit dem Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen am 15.03.2018.
Von links: Stephan Gronemeyer (MDS), Dirk Heidenblut (MdB), Sabine, Claudia Moll (MdB), Dr. Peter Pick (MDS)

2

Interview mit Anne Ruprecht und Team von Panorama 3 des NDR zum Thema Pflege am 16.03.2018.



Statement der Woche

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“

Amtseid der Bundeskanzlerin und der Bundesminister nach Grundgesetz Artikel 56

Highlights der nächsten Wochen

Wann	Wo	Was
Mo, 19.03. 13.15 Uhr- 14.15 Uhr	Bundes- ministerium für Gesundheit	Erstes Koordinations- gespräch mit Jens Spahn, Bundesminis- ter für Gesundheit
Mo, 19.03. 18.00 Uhr- 21.00 Uhr	Deutscher Bundestag, Otto-Wels- Saal	Verleihung des „Otto- Wels- Preises für Demokratie 2018“
Mi, 21.03. 09.30 Uhr- 12.30 Uhr	Deutscher Bundestag	Sitzung des Gesundheits- ausschusses
Fr, 09.03. 10.00 Uhr- 11.30 Uhr	AstraZeneca, Berlin	Podiumsdiskussion zur onkologischen Versorgung



GLEICHSTELLUNG

Entgeltgleichheit ist eine Frage der Gerechtigkeit

Am 18. März ist Equal-Pay-Day – der „Tag für gleiche Bezahlung“ von Frauen und Männern. Er markiert in jedem Jahr symbolisch den Tag der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen: Während Männer bereits ab dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden, arbeiten Frauen quasi bis zum 18. März umsonst – und das für die gleiche beziehungsweise gleichwertige Arbeit. Die SPD-Bundestagsfraktion wird auch in dieser Legislaturperiode die strukturellen Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt konsequent abbauen – gleich zu Beginn mit dem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.

Es ist ungerecht, dass Frauen für die gleiche beziehungsweise gleichwertige Arbeit am Ende des Monats 21 Prozent weniger in der Tasche haben als ihre männlichen Kollegen. Und das hat weitreichende Folgen. So erzielen Frauen im Laufe ihres Erwerbslebens deutlich weniger Einkommen und bekommen obendrein noch weniger Rente.

Mit der Einführung des Mindestlohns, dem Gesetz für Entgelttransparenz und der gesetzlichen Regelung für mehr Frauen in Führungspositionen haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereits wichtige Schritte hin zu mehr Entgeltgleichheit erreicht. Klar ist aber auch: Es gibt nicht das eine Gesetz, das die Lohnlücke auf einen Schlag schließt.

Mit den Verabredungen im gerade erst unterzeichneten Koalitionsvertrag wird die SPD-Fraktion den eingeschlagenen Weg des Lückenschlusses beim Lohn fortsetzen. Wir stärken die Tariflöhne in der Pflege und bauen finanzielle Ausbildungshürden bei Sozial- und Pflegeberufen ab. Da über 85 Prozent der Beschäftigten in dieser Branche weiblich sind, kommt das vor allem Frauen zugute.

Der öffentliche Dienst soll Vorbild sein. Dort sollen bis zum Jahr 2025 in Leitungsfunktionen genauso viele Frauen wie Männer vertreten sein. Und gleich zu Beginn werden wir das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit auf den Weg bringen. Das ist ein großer Schritt nach vorn, denn

endlich haben Frauen und Männer die Möglichkeit, nach einer Teilzeitphase wieder auf die vorherige Arbeitszeit aufzustocken – und nicht länger in der Teilzeitfalle stecken zu bleiben. Außerdem honorieren wir mit der Einführung der Grundrente die Lebensleistung vieler Frauen und bekämpfen damit Altersarmut.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das muss für Frauen und Männer uneingeschränkt gelten. Wir wollen, dass der Equal-Pay-Day in Zukunft auf den 1. Januar fällt.

AKTUELLE STUNDE

Bundestag debattiert US-Handelspolitik

US-Präsident Donald Trump plant Schutzzölle auf Importe von Stahl und Aluminium. Auch zusätzliche Zölle gegen deutsche Autohersteller wie Daimler und BMW brachte er ins Gespräch. Das schürt die Sorge vor einem weltweiten Handelskrieg, der die Exportnation Deutschland besonders hart treffen würde.

Laut Bundesregierung könnten die Maßnahmen von Trump eine ernsthafte Gefahr für die Weltkonjunktur werden und führen schon jetzt zu einer „gewissen Verunsicherung“ bei deutschen Unternehmen, wie es im Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums heißt. Mögliche Folgen und Reaktionen auf die US-Zölle standen auch im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde im Bundestag am Donnerstag.

Thomas Jurk, SPD-Mitglied des Haushaltsausschusses, warnte in der Debatte davor, vonseiten der Politik Ängste zu schüren, nur weil Donald Trump etwas twitterte. Wichtig sei es, Gespräche mit der US-Regierung zu führen. Die Haushaltsplanung des Bundes sei jedenfalls solide, und kurzfristige Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur werde es nicht geben. Jurk verwies darauf, dass Finanzplanungen immer abhängig von äußeren Faktoren seien, etwa der Entwicklung der Rohstoffpreise oder des Zinsniveaus. Für Panik gebe es keinen Grund.

Daniela De Ridder, SPD-Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, erinnerte daran, dass auch der ehemalige US-Präsident George W. Bush mal Stahlzölle verhängt habe – und sie schon nach kurzer



Zeit wieder aufhob. De Ridder: „Solche Maßnahmen haben schon damals nicht verfangen“. Man müsse jetzt noch stärker den US-Kongress bemühen und mit gemäßigten republikanischen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Entscheidend sei dabei, dass die Europäische Union sich nicht durch Donald Trump spalten lasse.

Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Markus Töns, zuständig für Berichterstattung, hatten bereits zuvor mitgeteilt: „Sollten die US-Strafzölle umgesetzt werden, wird die Europäische Union angemessen und geschlossen reagieren müssen. Das schließt sowohl die Möglichkeit einer Beschwerde vor der Welthandelsorganisation WTO als auch Beschränkungen für ausgewählte US-amerikanische Produkte ein. Dennoch können weder die US-amerikanische Seite noch die Europäische Union ein Interesse an einem Handelskonflikt haben. Es bleibt weiterhin zu hoffen, dass bei US-Präsident Trump ein Umdenken stattfindet.“

Westphal ergänzte in der Debatte am Donnerstag, dass vor allem China für das Stahldumping verantwortlich sei. „Dort wird so viel Stahl produziert wie im Rest der Welt zusammen“, erklärte Westphal. China unterminiere mit Dumpingpreisen den Stahlhandel.

AUSSENPOLITIK

Bundeswehrmandate werden beendet, verlängert und verändert

Auch in internationalen Krisen- und Konfliktregionen wird die neue Koalition weiterhin Verantwortung übernehmen. Gleichwohl überprüft das Parlament auch stets, ob bereits laufende Auslandsmandate verlängert oder verändert werden müssen. Zwei Mandate werden die Abgeordneten beenden: das Ausbildungsmandat für die kurdischen Peschmergas im Nordirak und das Ausbildungsmandat in Somalia.

Über die Verlängerung von fünf Bundeswehrmandaten hat der Bundestag am Donnerstag beraten. Die Mandate für den Sudan, den Südsudan und für den Einsatz im Mittelmeer sollen unverändert verlängert werden.

Das Ausbildungsengagement in Afghanistan wird ebenfalls fortgesetzt, um Afghanistan langfristig stabilisieren zu können. Aufgrund einer veränderten Sicherheitslage wird der Schutz für die Ausbilder in Abstimmung mit den Partnern erhöht, damit die Ausbildungskapazitäten besser genutzt werden können.

Wiedererstarben des IS verhindern

Das Anti-IS-Mandat wird im Sanitätswesen und bei der Kampfmittelbeseitigung weiterentwickelt. Da militärische Aufgaben wegfallen, kann der Bundestag die Anzahl der eingesetzten Soldaten deutlich reduzieren, und zwar von 1200 auf 800. Künftig trägt Deutschland zur umfassenden Stabilisierung des Iraks und der nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors auch durch Beteiligung am so genannten Fähigkeitsaufbau im Rahmen des Gesamtansatzes der internationalen Anti-IS-Koalition bei. Das verhindert vor allem ein Wiedererstarben des IS.

In Mali wird die Koalition wegen der Übernahme von UN-Aufgaben die personelle Obergrenze um 100 Soldaten erhöhen. Festgeschrieben ist im Mandat der Abzug deutscher Hubschrauber bis diesen Sommer. Mali ist Kernland der Sahelzone und spielt damit eine Schlüsselrolle für Stabilität und Entwicklung der gesamten Sahel-Region, vor allem, wenn es um Terrorismus, Kriminalität und irreguläre Migration geht.

Für die SPD-Bundestagsfraktion kann das Engagement der Bundeswehr immer nur ein Beitrag zu umfassenden politischen Bemühungen um Frieden und Stabilisierung sein. Die Fortsetzung der politischen und zivilen Friedensbemühungen ist deswegen für die Sozialdemokraten unmittelbar mit den Mandatsverlängerungen verbunden.



KOALITION

Neue Bundesregierung im Amt

Die neue Bundesregierung ist im Amt. Am Mittwochvormittag hat der Deutsche Bundestag Angela Merkel (CDU) zum vierten Mal zur Bundeskanzlerin gewählt.

Nach Merkels Ernennung durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und ihre Vereidigung im Bundestag wurden auch die künftigen Bundesministerinnen und Bundesminister von Steinmeier ernannt und anschließend im Bundestag vereidigt.

Für die SPD gehören dem neuen Bundeskabinett an:

- Olaf Scholz (Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen)
- Heiko Maas (Bundesminister des Auswärtigen)
- Katharina Barley (Bundesministerin der Justiz)
- Hubertus Heil (Bundesminister für Arbeit und Soziales)
- Franziska Giffey (Bundesministerin für Frauen, Senioren, Familie und Jugend)
- Svenja Schulze (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)
- Staatsminister im Auswärtigen Amt: Michelle Müntefering, Niels Annen, Michael Roth

Die neuen Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der SPD:

- Bundesfinanzministerium: Bettina Hagedorn, Christine Lambrecht
- Bundesjustizministerium: Rita Hagl-Kehl, Christian Lange
- Bundesarbeitsministerium: Kerstin Griese, Anette Kramme
- Bundesfamilienministerium: Caren Marks, Stefan Zierke
- Bundesumweltministerium: Rita Schwarzelühr-Sutter, Florian Pronold

Bereits am Mittwochnachmittag kam das neue Bundeskabinett zur ersten Sitzung zusammen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird nun Druck machen, dass als eine der ersten politischen Maßnahmen das Rückkehrrecht von Teilzeit in die vorherige Arbeitszeit Gesetz wird. Ebenfalls zügig soll die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich beschlossen werden. Beide Vorhaben hatte die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.